

VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

SKRIPT 1: POLITISCHE PARTIZIPATION

Was versteht man unter politischer Partizipation?

Gem. VAN DETH „alle Aktivitäten von Bürgern mit dem Ziel politische Entscheidungen zu beeinflussen“

Demzufolge sind die wichtigsten Aspekte:

- Rolle des Individuums als Bürger
- Aktive Tätigkeit
- Bezug zum politischen System
- Auf Freiwilligkeit basierend

Formen der politischen Partizipation

- Institutionalisierte Partizipationsform: gesetzlich verankert, typischerweise Wahlen & Abstimmungen
- Nicht institutionalisierte Partizipationsform: Proteste, Boykotte, etc.

KITSCHALT und REHM unterscheiden die Partizipationsform nach Ort (=Arena) und *Intensität*.

Die zentralen Akteure für die jeweilige Arena:

- Wahlarena: politische Parteien
- Arena der Interessenvermittlung: Interessengruppen
- Öffentliche Arena: soziale Bewegungen

Ein weiteres Kriterium nach KITSCHALT und REHM ist das *Risiko*. Das Risiko ist abhängig vom jeweiligen politischen Kontext. Folgende Gliederung des Risikos ist für rechtsstaatliche Demokratien gültig:

- Rechtliche verankerte Partizipationsform: Wählen, Lobbying, bewilligte Demos
- Rechtlich nicht verankerte, aber tolerierte Partizipationsform: nicht-bewilligte, aber tolerierte Demos, Boykotte, „wilde“ Streiks
- Rechtlich verbotene Aktivitäten (milde Sanktion): unbewilligte Demos, Besetzung, Blockade
- Rechtlich verbotene Aktivitäten (schwere Sanktion): Vandalismus, physische Angriffe, etc.

Erklärungsfaktoren politischer Partizipationsformen

Politische Partizipation ist nicht selbstverständlich, eigentlich gar rätselhaft. Hohe Kosten der politischen Partizipation stehen der äusserst geringen Aussicht auf Nutzen durch tatsächlichen Erfolg gegenüber.

Nach OLSON besteht bei kollektivem Handeln ein *Trittbrettfahrer-Problem*.

Nach DOWNS ergibt sich gemäss dem „*paradox of voting*“ kein Sinn zu Wählen. Die hohen Kosten des Wahlakts stehen der hohen Unwahrscheinlichkeit die entscheidende Stimme zu sein gegenüber.

Weshalb wird dann aber trotzdem gewählt? (nach KITSCHOLT und REHM)

- Individuelles Handeln nach innerer Überzeugung und Moral, keine Kosten-Nutzen-Erwägung
- Akt der politischen Partizipation allein ist schon befriedigend
- Falsche Einschätzung der Kosten/Nutzen
- Sozialer Druck

Wer partizipiert? Individuelle Determinanten politischer Partizipation, Mikroebene

SES-Modell

- Klassisches „Standardmodell“
- Kriterien: *Bildung, Einkommen, Beruf*
- Meist ergänzt durch Variablen: *Alter, Geschlecht*
- Positiv: schlankes Modell, Negativ: erklärt *Mechanismen* nicht

Ressourcenmodell von BRADY et al.

- Weiterentwicklung und Neuformulierung: Weshalb wird *nicht* partizipiert?
- Erkenntnis:
 - a) Weil sie dazu nicht fähig sind – fehlende Ressourcen
 - b) Weil sie nicht wollen – fehlendes politisches Interesse/Bewusstsein
 - c) Weil man sie nicht fragt – fehlende Einbindung in Rekrutierungsnetzwerk
- Aber in ihrer Studie beschränken sie sich auf a) die Ressourcen
 - *Geld, Zeit und „civic skills“* (bürgerliche Fähigkeiten, Organisations- und Kommunikationsfähigkeit)
- Fazit: erklärt Mechanismus genauer. Unterschiedliche Ressourcen ergeben unterschiedliche politische Partizipationsformen

Weitere individuelle Determinanten

- Zu b) fehlendes Interesse: politische Partizipation erklärt sich durch politische Werte und Einstellungen eines Individuums
- Zu c) fehlende Einbindung: Einbindung in soziale Netzwerke und die Mobilisierung durch Freunde, Familie, Arbeitskollegen ist speziell wichtig bei fehlenden Ressourcen

Kontextunterschiede in der Partizipation, Makroebene

Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen einzelnen Ländern am Beispiel der Wahlbeteiligung.

Institutioneller Kontext:

- + Wahlpflicht
- + Verhältniswahlsystem vs. Mehrheitswahlsystem
- + Wichtigkeit der Wahl (nationale > lokale Wahlen)
- + Automatische/einfache Wählerregistrierung
- + Arbeitsfreier Wahltag, briefliche Stimmabgabe
- Häufigkeit des Urnengangs

Weitere Faktoren sind die gesellschaftliche Verankerung der Parteien und die perzipierte Knappheit des Wahlausgangs.

Aus den Kontextfaktoren im Allgemeinen ergeben sich *Interaktionseffekte* mit den individuellen Determinanten.

SKRIPT 2: POLITISCHE KULTUR – POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND WERTE

Grundsätzlich werden eine subjektive und eine intersubjektive Auffassung der Kultur unterschieden. In der politischen Kulturforschung gilt die subjektive Perspektive, gemäss dieser ist die politische Kultur eines Landes *die spezifische Verteilung der politisch relevanten Einstellungen und Werte in der Bevölkerung*.

Die politische Kulturforschung bediente sich im Rahmen der behavioralistischen Revolution der *repräsentativen Meinungsumfrage* als methodisches und empirisch fundiertes Instrumentarium.

Welche Werte und Einstellungen braucht eine Demokratie? „The Civic Culture“ von ALMOND und VERBA

Ausgangsfrage lautet „Was braucht es, damit eine Demokratie Bestand hat und überlebensfähig bleibt?“ Die Anhänger des Kulturansatzes gehen davon aus, dass *Einstellungen und Kompetenzen der Bürger ausschlaggebend* sind. ALMOND und VERBA untersuchten *Grossbritannien, USA, Deutschland, Italien und Mexiko*. In zwei dieser Länder (GB, USA) hat das demokratische Regime die Krise der 30er überlebt, während es in zwei weiteren (D, I) zusammengebrochen ist. Mexiko diente als Erweiterung auf Entwicklungsländer.

ALMOND und VERBA waren theoretisch von ECKSTEINS *Kongruenz-Theorie* inspiriert. Daraus abgeleitet ergibt sich die Kongruenzthese: politische Kultur = politische Struktur -> Stabilität.

Drei Dimensionen der politischen Orientierung

Politische Kultur ist nach ALMOND und VERBA die *spezifische Verteilung von politischen Einstellungsmustern in der Bevölkerung gegenüber politischen Objekten*. Es impliziert, dass politische Kultur sich auf ein Land bezieht und sich aus aggregierten, individuellen Einstellungen zusammensetzt. Die „politischen Objekte“ lassen sich unterscheiden in politisches System allgemein, Input-Objekte (Partizipation), Output-Objekte (staatliche Leistungen) und das eigene Selbst als politisches Objekt (eigene Einflussmöglichkeiten).

Bei den politischen Orientierungen werden drei Dimensionen unterschieden:

- Kognitive Dimension: Wahrnehmung und Kenntnisse eines politischen Objektes
- Affektive (emotionale) Dimension: gefühlsmässige Zuneigung/Ablehnung politischer Objekte
- Evaluative Dimension: Bewertung eines politischen Objektes aufgrund bestimmter Kriterien und Normen

Drei Idealtypen von politischer Kultur und die „civic culture“

1. Lokale/provinzielle Kultur (parochial culture): Keine der vier politischen Objekte kommt zur Geltung. Lediglich lokale politische Orientierung vorhanden. Verbreitet in Dritt-Welt-Ländern und traditionellen Gesellschaften.
2. Untertanenkultur (subject culture): Regierung und Output werden wahrgenommen, aber kaum Partizipation. Bürger sind Diener und Konsument. Überwiegend in nicht-demokratischen Systemen (Monarchie, Diktatur).
3. Teilnehmerkultur (participant culture): Politische Bildung, Interesse und Partizipation vorhanden. Aktive und engagierte Bürger, alle politische Objekte werden wahrgenommen.

„Civic culture“ – die ausgewogene Mischung

Diese Mischform ist für die Demokratie geeignet, weil sie drei wesentliche Gleichgewichte aufrechterhält:

- Macht/Responsivität: passive oder aktive Bürgerrolle? Am besten: potentiell aktiver Bürger
- Konsens/Konflikt: Notwendigkeit der begrenzten Polarisierung
- Affektivität/Affektneutralität: Emotionalität muss ausgewogen sein

Schlussfolgernd gilt das *Lob der Mässigung*.

Bewertung der Studie:

- + Bahnbrechende Pionierstudie zeigt Potential der neuen Methode der Umfrageforschung und inspiriert Folgestudien
- Anglo-amerikanischer Bias, unklare Kausalität

Weshalb und wie sich Werte ändern – Postmaterialismus-Theorie des Wertewandels, INGLEHART

Politische Kultur ändert sich im Laufe der Zeit. INGLEHARTS Postmaterialismus-Theorie untersucht den *Wertewandel in postindustriellen Gesellschaften*. Fundamentale Transformation von materiellen zu postmateriellen Werten als „stille Revolution“. Wertvorstellungen wandeln sich aufgrund von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen.

Das Modell des Wertewandels: Mangelhypothese & Sozialisationshypothese

INGLEHART kombiniert zwei Hypothesen

- Mangelhypothese: Wertorientierung durch relative Knappheit der Wertobjekte bestimmt. Analog zur Bedürfnispyramide von MASLOW werden zuerst Basisbedürfnisse befriedigt (materielle Wertorientierung) und später dann immaterielle Bedürfnisse (postmaterialistische Werteorientierung).
- Sozialisationshypothese: Wert-Rangordnung eines Individuums ist geprägt von der Sozialisation in der Adoleszenz (10. Bis 20. Lebensjahr). Die Wertorientierung bleibt danach träge.

Auf den Punkt gebracht:

Die fundamentalen Wertorientierungen eines Individuums bilden sich in den frühen Phasen des individuellen Lebens aus und betonen vor allem die Objekte, welche während diesen Phasen knapp waren. Wenn sich diese Werte einmal geformt haben, bleiben sie im Folgenden während des ganzen Lebens mehr oder weniger stabil.

Politische Werte:

Materielle Werte -> wirtschaftliche Sicherheit, Recht & Ordnung, nationale Verteidigung

Postmaterielle Werte -> Selbstverwirklichung, individuelle Freiheit, Partizipation

Kritik an INGLEHART:

- Wertewandel ist *keine eindimensionale Verschiebung*. Der politische Raum ist zweidimensional: ökonomische Werte und kulturelle Werte.
- Nicht zwingend gerichtete Entwicklung: *Verlangsamung des Trends zum Postmaterialismus*
- *Perioden- statt Kohorten-Effekt*: Wertorientierung vor allem von sozioökonomischen Trends beeinflusst, weniger von Sozialisationsphase

Weiterentwicklung: World Value Surveys und „Postmodernismus“

World Value Surveys: Von INGLEHART initiierte regelmäßige Umfragen in 43 Ländern. Lässt Wandlungsprozesse erkennen und verstehen.

Modernisierung: Übergang von der traditionellen zur industriellen Gesellschaft. Wirtschaftlich geht es um Industrialisierung, politisch um Bürokratisierung.

Postmodernismus: Entwicklung neuer, postmaterialistischer Werte sowie die Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen. Voraussetzung ist existentielle Sicherheit.

Revival der politischen Kulturforschung – „Making democracy work“, Putnam et al.

Politische Kultur oder, anders ausgedrückt, staatsbürgerliche Tugenden sind zentral für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Frage: Wie beeinflusst das Sozialkapital die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen (democratic performance). Sozialkapital umfasst das generalisierte Vertrauen sowie Normen und Netzwerke zivilgesellschaftlichen Engagements (civic community oder Bürgerkultur). Es wird also die *Qualität der Demokratie* untersucht. Anhand eines Vergleichs der Regionen in Italien kommt Putnam zur Erkenntnis: Bürgerkultur ist die entscheidende unabhängige Variable zur Erklärung der Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen.

SKRIPT 3: RATIONAL CHOICE

Grundelemente des RC-Ansatzes

1. Methodologischer Individualismus: soziale Phänomene gründen auf den Motiven und Handlung von einzelnen Individuen
Homo Oeconomicus als zugrundeliegendes Menschenbild mit folgenden Eigenschaften
2. Nutzenmaximier (erwartete Nutzen)
3. Handlungsalternativen konsistent zu ordnen ($A > B > C$)
4. Universell (gilt für alle Individuen)
In der klassischen Version ergänzt durch folgende Eigenschaften
5. Handelt aus Eigeninteresse (egoistisch)
6. Vollständig informiert

Ausgehend von diesem Modell wurden verschiedene Weiterentwicklungen gemacht

- Berücksichtigung von nicht-egoistischen Handlungsmotiven: „thin rationalism“
- Berücksichtigung von unvollständiger Information: Information teuer, deshalb Unvollständigkeit eher realistisch
- Spieltheorie: Berücksichtigung von Handlungen anderer

Vorteile des RC-Ansatzes

- Sparsamkeit: komplexe soziale Phänomene auf möglichst einfache Weise erklärt
- Empirische Überprüfbarkeit: Klare kausale Mechanismen und falsifizierbare Hypothesen

Anthony DOWNS „Ökonomische Theorie der Demokratie“

Wahlverhalten von Individuen und Handeln von Parteien aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive untersucht. Demokratische Politik besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten:

- Parteien als *Stimmenmaximier* im Wettbewerb um Wählerstimmen
- Rationale Wähler mit der Abwägung ob und welche Partei sie wählen
 - *Parteiendifferential*: Wähler kalkuliert den erwarteten Nutzen durch das Wählen einer Partei und entscheidet sich für den maximalen Nutzen

Parteiprogramme und Ideologien sind lediglich Instrumente der stimmenmaximierenden Parteien um Wahl zu gewinnen, dabei orientieren sie sich an den Wählerpräferenzen des rationalen Wählers. Durch die Annahme der unvollständigen Information sind Wähler auf Meinungsführer und Parteiideologien angewiesen und die Parteien auf Mittel (z.B. Interessengruppen) um die Informationslücke bzgl. Wählerpräferenzen zu überwinden.

Median-Wähler-Theorem:

Annahme: 2-Parteien-System, unimodale Wählerpräferenzverteilung, eindimensional (links-rechts)

Prognose: ideologische Ausrichtung der beiden Parteien wird sich zu den Präferenzen des Medianwählers hinbewegen.

Aber: Empirische Studien (USA,GB) haben die Prognose des Median-Wähler-Theorems widerlegt.

Kritikpunkte an DOWNS

1. Nur auf 2-Parteien-Systeme ausgerichtet. Mehrparteiensysteme sind weitaus komplexer.
2. „paradox of voting“: Wahlaufwand überwiegt den erwarteten Nutzen. DOWNS versucht dies mit dem „homo sociologicus“ (Bürgerpflicht) zu rechtfertigen, widerspricht aber seinen eigenen Grundsätzen.
3. „rational ignorance“: DOWNS spricht sich für unvollständige Information aus
4. Politik ist nicht nur ein Markt: auch traditioneller, wertorientierter Akt
5. Persönliche Merkmale der Kandidaten spielen eine Rolle bei deren Wahl
6. Politischer Wettbewerb ist mehrdimensional

Grenzen des RC-Ansatzes

Empirie zeigt, dass politisches Verhalten in der Realität von den Prognosen des RC-Ansatzes abweicht. Vorwiegend wegen den beschränkten kognitiven Fähigkeiten und der emotionalen Architektur des Menschen. Folgende Studien zeigen dies auf:

1. Inkrementelles Budgetieren
Haushaltsplanung USA ist ein inkrementeller Prozess. Die Leitlinien sind das Budget des Vorjahres und Fairnesskriterien. Anstatt optimale (evtl. radikale) Lösungen zu finden, bewegt man sich nur schrittweise weg vom Problem.
2. Organisationsroutinen
Selbst wichtigste Entscheidungen in Organisationen sind routinisiert und verlaufen nach festgelegten Normen und Prozeduren.
3. Policy-Agenda
Aufmerksamkeit von Individuen und Organisationen ist begrenzt. Bildung der politischen Agenda läuft dabei nicht rational ab, sondern eher emotional (spektakuläre Ereignisse).
4. Mehr Kooperation als nötig: „Überkooperation“
Übergrosse Koalitionen bei der Regierungsbildung zeugen von irrationalem Handeln. Begründet werden kann dies durch Institutionen (Referendumsdrohung in CH), „Schatten der Zukunft“ (grosszügiger als nötig, falls man in Zukunft kooperieren muss).
5. Fairness zählt
Ultimatum-Spiel zeigt irrationales Verhalten des Menschen

6. Framing
Wahrnehmung einer Situation beeinflusst die Entscheidung (Verlustaversion).
7. Überwindung von Kooperationsproblemen
Trittbrettfahrerproblem bei kollektivem Handeln. OSTRÖM zeigt empirische Beispiele, wo dieses Kooperationsproblem in der Realität überwunden wurde durch Selbstorganisation von Gruppen.

Weiterentwicklung des RC-Ansatzes

- „Bounded rationality“, SIMON
Vollständige Information ist eine unrealistische Annahme aufgrund der beschränkten kognitiven Fähigkeiten von Individuen. Deshalb handeln Individuen gemäss SIMON nur begrenzt (bounded) rational. Die Annahmen sind:
 - Unvollständige Information
 - Individuen suchen nicht die beste Lösung, sondern sind mit der erstbesten, genügenden Lösung zufrieden -> „satisficing“:
 - Eher kurzfristige als langfristige Erwägungen
 - Ziele werden nacheinander und nicht parallel abgearbeitet: agenda setting ist wichtig
 - Selbstgesteckte Grenzen als Orientierung (suboptimale Ergebnisse)
- „Thin rationalism“, LEVI
Individuelle Präferenzen sind nicht auf das egoistische Eigeninteresse beschränkt. Auch ideelle und nicht-egoistische Motive finden Berücksichtigung. Die zentrale Frage ist: welche Motive wann und weshalb zum Tragen kommen.

SKRIPT 4: DER NEO-INSTITUTIONALISMUS

Traditionelle Politikwissenschaft befasste sich mit den klassischen politischen Institutionen. Die behavioralistische Revolution ignorierte diese und legte den Fokus auf das beobachtbare Verhalten von Individuen. Der Neo-Institutionalismus ist wiederum eine Reaktion auf den vorherrschenden Behavioralismus und übt Kritik am RC-Ansatz. Gemäss IMMERGUT spielt der *institutionelle Kontext* eine zentrale Rolle.

	Präferenzen	Aggregation
<i>Behavioralismus</i> <i>/Rational Choice</i>	subjektiv, offengelegt durch Verhalten (z.B. Wählen)	Präferenzen werden effizient aggregiert und es bildet sich ein Gleichgewicht, z.B. im Markt der Interessengruppen
<i>Institutionalismus</i>	wahre Präferenzen ent- sprechen nicht unbedingt den beobachtbaren Präfe- renzen	ineffiziente Aggregation, Gleich- gewichtsprobleme: Ergebnisse und Entscheidungen entsprechen oft nicht den aggregiert Präferenzen

Was ist neu am Neo-Institutionalismus?

Im Vergleich zum klassischen Institutionalismus hat der Neo-Institutionalismus ein viel *breiteres Institutionenverständnis* und interessiert sich auch für das *Wechselspiel von Institutionen und individuellem Handeln und den resultierenden policy outcomes*.

Exkurs: Zentrale politische Institutionen

Politische Institution	Ausprägungen (schematisch, ohne Mischformen & Spezialfälle)	
<i>Parteiensystem</i>	Zweiparteiensystem USA, (UK), (Griechenland)	Mehrparteiensystem Schweiz, Deutschland, Frankreich, Skandinavien, Indien
<i>Wahlssystem</i>	Mehrheitswahl UK, USA, Frankreich, Neuseeland, Griechenland, Indien	Verhältnisswahl Schweiz (NR), Deutschland, Skandinavien
<i>Regierungssystem*</i>	Präsidentielles System USA, Brasilien, Mexiko, Südkorea	Parlamentarisches System Deutschland, UK, Indien
<i>Legislative (Parlament)</i>	Einkammersystem Skandinavien, Neuseeland, Israel	Zweikammersystem Schweiz, Deutschland, Österreich, Indien
<i>Territoriale Verfassung</i>	Einheitsstaat Frankreich, Skandinavien, UK, Südafrika	Föderalistischer Staat Schweiz, Deutschland, Österreich, USA, Indien
<i>System der Interessen- vermittlung (Verbände)</i>	Pluralismus UK, USA, Frankreich	Korporatismus Schweiz, Skandinavien, Österreich
<i>Direktdemokratische Institutionen</i>	Wenig ausgebaut UK, Frankreich, Skandinavien	Stark ausgebaut Schweiz, Kalifornien, Slowenien

*Frankreich wird als semi-präsidentielles System eingestuft, die Schweiz als direktoriales System

Gemeinsamer Kern des Neo-Institutionalismus

Zentrale Fragen

- Wie beeinflussen Institutionen das Verhalten von Individuen, die politischen Machtverhältnisse und das Ergebnis politischer Prozesse?
 - Institutionen sind hier unabhängige oder intervenierende Variable
- Was erklärt die enorme Variation an institutionellen Arrangements in den verschiedenen politischen Systemen der Welt? Weshalb entstehen Institutionen überhaupt und wie verändern sie sich über die Zeit?
 - Institutionen sind hier abhängige Variable

Allgemeine Definition von Institutionen

„Institutionen sind die formellen und informellen Spielregeln der Politik.“ – HALL & TAYLOR

Eigenschaften von Institutionen:

- Strukturieren das Verhalten, Schaffen Erwartungssicherheit
- Zeichnen sich durch Dauerhaftigkeit und Stabilität aus

Drei Spielarten des Neo-Institutionalismus

Der Neo-Institutionalismus lässt sich gemäss HALL & TAYLOR in drei Arten unterscheiden, welche sich auch den drei Strömungen der Politikwissenschaft (LICHTBACH/ZUCKERMAN) zuordnen lassen:

- Rationalistische Ansatz -> Rational-Choice Institutionalismus
- Strukturalistische Ansatz -> Historischer Institutionalismus
- Kulturalistische Ansatz -> Soziologischer Institutionalismus

Der Rational-Choice Institutionalismus

Grundelemente des RC-Institutionalismus

Mit dem *methodologischen Individualismus* und dem Menschenbild des *Homo Oeconomicus* übernimmt der RC-Institutionalismus die Grundannahmen des RC-Ansatzes. Es handelt sich also um rational handelnde Individuen mit gegebenen (=exogenen) Präferenzen.

Erweitert werden diese Annahmen nun mit dem Ansatz, dass das rationale Handeln *im Rahmen von vorgegebenen Regelstrukturen* (=Institutionen) stattfindet.

Institutionen sind für den RC-Institutionalismus *formelle und informelle Regeln, welche soziale Interaktionen regulieren und formen*. Der Schwerpunkt liegt bei den formellen Regeln und ist eine vergleichsweise enge Definition von Institutionen.

Funktion und Entstehung von Institutionen im RC-Institutionalismus

Durch die rational handelnden Individuen ergibt sich ein Kooperationsproblem. Wesentliche positive Eigenschaft der Institutionen ist es die *Kooperation zu ermöglichen und soziale Dilemmata zu lösen*.

Konkret geschieht dies durch folgende Eigenschaften:

- Institutionen identifizieren relevante Akteure
- Institutionen bestimmen die möglichen Entscheidungs-/Handlungsalternativen
- Institutionen bestimmen die Reihenfolge der Handlungen (Agenda)
- Institutionen legen erlaubte Interaktionsweisen fest
- Institutionen stellen Information und Durchsetzungs-/Sanktionsmechanismen zur Verfügung

Struktur-induzierte Gleichgewichte:

Eine wichtige Funktion von Institutionen ist die Ermöglichung von stabilen und langfristigen Gleichgewichten in politischen Prozessen. Diese werden strukturinduzierte Gleichgewichte genannt. Es ist stabil, weil es unter den gegebenen Verfahrensregeln keine bevorzugte Alternative gibt.

Institutionen strukturieren die Interaktion unter rationalen Individuen und ermöglichen so bessere kollektive Ergebnisse. Diese positiven Eigenschaften sind der Grund für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Institutionen, entweder durch evolutionäre Selektionsprozesse oder Aushandlungsprozesse zwischen betroffenen Individuen.

Wandel von Institutionen im RC-Institutionalismus

Institutionen sind nicht unveränderlich, ihre Entwicklung wird von den Akteuren so beeinflusst, damit sie sich einen Vorteil verschaffen können.

Drei exemplarische Studien des RC-Institutionalismus

Vetospieler-Theorie von TSEBELIS

Vetospieler: individueller oder kollektiver Akteur, dessen Zustimmung für eine Veränderung des Status Quo (=Policy-Wandel) notwendig ist.

Potenzial für Policy-Wandel ist umso kleiner

- a) je grösser die Anzahl Vetospieler
- b) je grösser die inhaltlichen Unterschiede (Policy-Position) zwischen den Vetospielern
- c) je stärker die Kohäsion der kollektiven Vetospieler

Zwei Arten von Vetospielern, aber gleichwertig:

- 1) institutionelle Vetospieler (durch Verfassung)
- 2) parteipolitische Vetospieler (Regierungskoalition)

Kritik an Vetospieler-Theorie von TSEBELIS:

- Vetospieler nicht immer eindeutig identifizierbar
- Wahre Präferenzen der Akteure nicht immer messbar
- Problem der Äquivalenz: haben einige Vetospieler mehr Einfluss als andere?

Delegation und Rechenschaft in demokratischen Regimen, STRØM

Verwendung der Prinzipal-Agenten Theorie. Asymmetrische Information zwischen Auftraggeber und Auftraggeber führt zum

- 1) Problem der moralischen Versuchung (moral hazard): Verfolgen von Eigeninteresse
- 2) Problem der adversen Selektion: Auslese von ungeeigneten Auftragnehmern

Diese Probleme können durch Kontrollmechanismen reduziert werden.

STRØM fasst nun Demokratie als ein Prinzipal-Agenten Problem auf, wobei er die demokratischen Regierungssysteme als Delegationsketten versteht. Dabei erkennt er erhebliche Unterschiede zwischen dem parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystem.

- Das parlamentarische System hat eine längere Delegationskette und folglich eine indirektere Rechenschaftspflicht
- Beim parlamentarischen System herrscht weniger Wettbewerb zwischen den Agenten
- Beim parlamentarischen System gibt es weniger institutionelle „checks and balances“
- Das parlamentarische System hat ex ante-Kontrollmechanismen, d.h. strenges Auswahlverfahren der Regierungsmitglieder. Das präsidentielle System hat ex post-Kontrollmechanismen, d.h. Rechenschaftspflicht, Überwachung.

Vor-/Nachteile des parlamentarischen Systems

- + Einfachheit
- + höhere Effizienz
- + tiefere Entscheidungskosten
- Kontrollverlust über Agenten
- Anfällig für moral hazard

Polizeistreifen- vs. Feueralarm-Überwachung, McCUBBINS/SCHWARTZ

Grundsätzliche Frage: Wie soll die Legislative die Verwaltung am besten kontrollieren?

MCCUBBINS/SCHWARTZ unterscheiden zwei Typen von Kontrollmechanismen

Polizeistreifen-Überwachung:

- Legislative untersucht die Leistung der Bürokratie aus eigenem Antrieb
- Überwachung ist permanent, zentral gesteuert, aktiv und deshalb auch kostenintensiv
- Entspricht der traditionellen Auffassung von Verwaltungskontrolle

Feueralarm-Überwachung:

- Kontrolle via Meldung durch Dritt-Akteure im Falle eines Fehlverhaltens
- Erst bei einer Meldung wird Parlament von sich aus aktiv
- Überwachung ist dezentral, reaktiv, kostengünstig

Nach McCUBBINS/SCHWARTZ bevorzugt das Parlament als rational handelnder Akteur die Feueralarm-Überwachung.

Fazit Rational-Choice Institutionalismus

- Rational handelnde Akteure
- Exogene Präferenzen
- Politik als Abfolge von Dilemmata kollektiven Handelns
- Institutionen erleichtern Kooperation und steigern Effizienz

Der historische Institutionalismus

Davon ausgehend, dass umfassende Prozesse der Moderne die Identitäten, die Interessen und das Handeln von Menschen entscheidend prägen knüpft der historische Institutionalismus an strukturalistische Ansätze an.

Institutionenbegriff im historischen Institutionalismus

Der historische Institutionalismus hat eine breitere Auffassung von Institutionen als der RC-Institutionalismus. Für den historischen Institutionalismus sind Institutionen *formelle und informelle Prozeduren, Routinen, Normen und Konventionen in der politischen Organisationsstruktur*. Er bezieht also informelle Umgangsregeln, soziale Konventionen und Organisationskulturen mit ein.

SKOCPOL, klass. Studie des historischen Institutionalismus Skript S. 21

Grundeigenschaften des historischen Institutionalismus

HALL & TAYLOR identifizieren vier Grundeigenschaften des historischen Institutionalismus:

1. Verwendung sowohl des „*calculus approach*“ als auch des „*cultural approach*“. Im Gegensatz zum RC-Institutionalismus, der sich nur auf den „*calculus approach*“ stützt.
2. Betonung von *asymmetrischen Machtbeziehungen* (Ungleichheiten) und ihrer Wirkung auf Institutionen.
3. Berücksichtigung der *zeitlichen Dimension*. Zentrale Konzepte: *Pfadabhängigkeit* und *nicht-intendierte Konsequenzen*.
4. Einbeziehung von weiteren Faktoren nebst Institutionen und Präferenzen, wie die *Ausbreitung von Ideen/Überzeugungen* und *sozioökonomische Entwicklungen*.

Zu 1. „calculus approach“ und „cultural approach“

Der „calculus approach“ ist identisch mit der Auffassung des RC-Institutionalismus.

Der „cultural approach“ geht davon aus, dass menschliches Verhalten nicht nur rein zweckrational ist, sondern auch durch die Weltanschauung des Individuums sowie durch Werte, Normen und Traditionen beeinflusst ist. Die Institutionen stellen den Handlungsspielraum für die Interpretation von individueller Weltanschauung und beeinflussen somit die Interessen der Akteure.

Zu 2. Macht und Ungleichheit

Institutionen bestimmen gesellschaftliche Machtverhältnisse und können so Ungleichheiten erzeugen und aufrechterhalten. Der Staat und seine Institutionen sind also nicht nur neutrale Vermittler.

Drei Dimensionen von Macht:

1. Dimension: Fähigkeit, Entscheidungen durchzusetzen
2. Dimension: Fähigkeit, darüber zu entscheiden, worüber entschieden wird (Agenda-Kontrolle)
3. Dimension: Ideologische Macht: Schaffung von „falschem Bewusstsein“

Zu 3. Zeitliche Dimension sozialer Phänomene

Diese dem historischen Institutionalismus namensgebende Komponente kritisiert die statische Betrachtung von Ursache und Wirkung zum selben Zeitpunkt. Die dadurch geschaffene „Schnappschuss“-Erklärung ist unbefriedigend, viel mehr müsse man es als bewegtes Bild (als Film) betrachten und analysieren.

Konzept der Pfadabhängigkeit

Einmal getroffene Entscheidungen stellen die Weichen für spätere Entwicklungen.

Institutionen bilden den Kontext und steuern die historische Entwicklung entlang einer eingeschränkten Anzahl möglicher Pfade.

Die Einführung politischer Institutionen oder Policies haben *stabilisierende und selbstverstärkende Wirkung*, weil sie

- a) bestimmte Interessen erzeugen und die Macht von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen fördern/sichern (Tradition der Agrarsubvention->politisch einflussreicher Bauernverband)
- b) langfristig die Identitäten von Individuen formen (Mythos der Schweiz als Bauernvolk)

PIERSON versucht eine enge und dadurch analytisch nützlichere Definition von Pfadabhängigkeit von der weiten und daher schwammigen Definition zu unterscheiden.

Weite Definition von Pfadabhängigkeit:

„Was zu einem früheren Zeitpunkt geschieht, beeinflusst die möglichen Ergebnisse von späteren Ereignissen.“ Dies überdehnt den Begriff und kann praktisch überall angewendet werden.

Enge Definition von Pfadabhängigkeit:

Definition von LEVI ist zutreffender: „Einmal einen bestimmten Pfad gefolgt, werden die Kosten umzukehren sehr hoch sein. Es werden sich andere Wegmöglichkeiten ergeben, aber die institutionellen Eigenheiten verhindern eine einfache Rückkehr zum Anfangspunkt. Womöglich ist dies besser durch die Baummetapher beschrieben. Man tendiert dem Ast weiter zu folgen, auf den man einmal gestiegen ist.“

Elemente der Pfadabhängigkeit: Kritischer Moment & inkrementelle Entwicklung

- a) *kritischer Moment*: zentrale Weichenstellungen in der historischen Entwicklung
- b) *Periode inkrementeller Entwicklung*: ergibt sich durch die Weichenstellung im kritischen Moment und stabilisiert sich aufgrund von Mechanismen der Selbstverstärkung („feedbacks“). Gemäss Thelen werden zwei Arten von Feedbacks unterschieden:

- 1) funktionale Feedbacks von Institutionen: beeinflussen Motivationsstruktur von Akteuren, diese richten ihre Präferenzen und Strategien danach aus.
- 2) distributive Feedbacks von Institutionen: Institutionen verteilen Macht ungleich. Bestimmte Gruppen werden gefördert und dadurch bestehende Machtverhältnisse gestärkt.

Pfadabhängigkeit und politischer Prozess, PIERSON

1. *Existenz mehrere Gleichgewichte*. Vom gleichen Ausgangspunkt sind mehrere stabile Resultate möglich. Beispiel „drei Welten des Wohlfahrtsstaates“.
2. *Kontingenz*: Abhängigkeit der langfristigen Entwicklung von Zufallsereignissen.
3. *Zentrale Rolle des Zeitpunkts (timing) und der zeitlichen Abfolge (sequencing)*: Dasselbe Ereignis hat je nachdem zu welchem Zeitpunkt es eintritt unterschiedliche Wirkung.
4. *Trägheit*: Eingeschlagener Pfad führt zu einem wandelresistenten Gleichgewicht.

Kritik am Konzept der Pfadabhängigkeit, THELEN

- 1.) *Zu voluntaristisch*: Die Wahl im kritischen Moment ist völlig offen (kontingent). Scheinbar unbedeutende Ereignisse können weitreichenden Einfluss auf den Verlauf haben. Diese Offenheit des Modells widerstrebt einer systematischen Analyse.
- 2.) *Zu deterministisch*: Durch die inkrementelle Entwicklung werden sich die Akteure an die herrschenden Institutionen anpassen. Jene, die sich nicht anpassen, die Verlierer, werden aber nicht einfach verschwinden, sondern arbeiten innerhalb der gegebenen Institutionen daran, langfristig ihren Kurs zu ändern.

Wandel im historischen Institutionalismus

Wandel im Modell der Pfadabhängigkeit: *Abrupter und tiefgreifender Wandel* im kritischen Moment, danach weitgehend Stabilität oder *gerichtete Entwicklung* in der nachfolgenden Phase der inkrementellen Entwicklung.

MAHONEY und THELEN unterscheiden vier Arten des institutionellen Wandels:

1. Ersatz (displacement): Entfernung bestehender und Einführung neuer Regeln.
2. Überschichtung (layering): Einführung neuer Regeln als Ergänzung bestehender Regeln.
3. Abweichung (drift): Wirkung bestehender Regeln ändert sich wegen wandelnder Umwelt.
4. Umnutzung (conversion): Veränderte Umsetzung oder Neu-Interpretation bestehender Regeln aufgrund einer Neuausrichtung.

Exemplarische Studien des historischen Institutionalismus

IMMERGUT: Institutions, Veto Points, Policy Results: A Comparative Analysis of Health Care

Vergleich der Gesundheitssysteme von verschiedenen Ländern. Veto-Punkte als entscheidender Faktor bei der Ausgestaltung des Gesundheitssystems.

Veto-Punkte: institutionell gegebene Hürde im Entscheidungsprozess.

PIERSON: The Path to European Integration. A Historical Institutional Analysis.

Der *Intergovernmentalismus* sieht die Europäische Integration als das Resultat von Verhandlungen zwischen nationalen Regierungen, welche ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen versuchen. Im Widerspruch dazu ist in vielen Bereichen ein Kontrollverlust der Mitgliedstaaten feststellbar. Es kommt zu einer ungewollten Kompetenzverlagerung von der nationalen auf die EU-Ebene. Der historische Institutionalismus erklärt den schleichenden Kontrollverlust als eine *nicht-intendierte Konsequenz*.

Ursachen für schleichenden Kontrollverlust der Mitgliedstaaten in der Europäischen Integration:

1. Beträchtliche Autonomie der EU-Institutionen
2. Beschränkter Zeithorizont von Politikern (Wiederwahl)
3. Nicht-intendierte Konsequenzen als Folge der zunehmenden Regelungsdichte
4. Instabilität von Präferenzen der Mitgliedstaaten über die Zeit

Ursachen für die schwierige Umkehrbarkeit von solchen Entwicklungen

1. Profiteure leisten Widerstand
2. Institutionelle Hürden erschweren „policy reversal“
3. Abkehr vom eingeschlagenen Weg wäre mit massiven Abschreibungen verbunden.

Stärken des historischen Institutionalismus:

- Zeitdimension: Wichtigkeit zeitlicher Abfolge („sequencing“) und Zeitpunkt („timing“)
- Beharrungskraft: Erklärt Fortbestand von dysfunktionalen Institutionen
- Kontext: Kontextabhängigkeit politischer Phänomene
- Macht: Betonung von Machtasymmetrien

Fazit historischer Institutionalismus

- Kombination „calculus approach“ und „cultural approach“
- Fokus auf Wechselwirkung zwischen Institutionen und Interessen/Identitäten (tlw. endogene Präferenzen)
- Individuen sind kontextgetrieben anstatt zielorientiert
- Fokus auf frühere institutionelle Arrangements und deren Wirkung
- Institutionen sind historisch gewachsen (Pfadabhängigkeit) und selbstaufrechterhaltend (feedbacks)

Der soziologische Institutionalismus

Ursprünglich kommt der soziologische Institutionalismus aus der *Organisationssoziologie*, wo Organisationsformen und institutionelle Prozeduren als *kulturelle Praktiken* gesehen werden – vergleichbar mit Mythen und Bräuchen von Gesellschaften. Er nimmt auch Anleihen beim *Sozialkonstruktivismus*, der sich damit beschäftigt, wie soziale Phänomene und soziale Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert werden.

Grundeigenschaften des soziologischen Institutionalismus

Drei grundlegende Aspekte nach HALL & TAYLOR:

- 1) (Noch) breitere Auffassung von Institutionen – weitgehende Gleichsetzung von Institutionen und Kultur (weit über die gebräuchliche Definition von Institutionen hinaus)
 - gemeinsame Symbolsysteme (Ideologien, Religion)
 - gemeinsame kognitive Schemata (Deutungsmuster)
 - gemeinsame Werte und Normen
- 2) Verwendung des „cultural approach“
 - Institutionen gehen dem individuelle Handeln voraus
 - internalisiert und unterbewusst vorhanden
 - Präferenzen sind endogen
- 3) Soziale Legitimität als Ursprung institutioneller Praktiken
 - Institutionen als Ergebnis der sozialen Angemessenheit und Legitimität
 - Rationalität „nur“ eine legitime kulturelle Norm

Exkurs: „Kultur“ in der Politikwissenschaft, (vgl. Skript 2)

1) Die subjektive Perspektive der politischen Kultur

Kultur wird analysiert anhand der erfassten Werte und Einstellungen von Individuen. Politische Kultur ist also auf der Individualebene messbar und durch Aggregation können Aussagen zur politischen Kultur eines Landes gemacht werden. Es ist das vorherrschende Verständnis in der Politikwissenschaft.

2) Die intersubjektive Perspektive der Kultur

Kultur wird holistisch betrachtet, als *gemeinsames Bezugssystem von Individuen, welche es ermöglicht, andere Menschen und deren Handeln zu verstehen*. Die Kultur kann nicht in Einzelteile isoliert werden wie vorhin. Sie ist stillschweigende Voraussetzung in Interaktionen von Individuen.

Diese Auffassung von Kultur basiert auf GEERTZ, Kultur umfasst hier alle Symbolsysteme (Sprache, Ideologien, gesellschaftliche Konventionen und Normen, Rituale, Mythen, etc.). Der soziologische Institutionalismus übernimmt diese intersubjektive Auffassung, obwohl diese von der h. L. als nicht-wissenschaftlich betrachtet wird.

SKRIPT 6: VERGLEICHENDE METHODEN UND DIE VERGLEICHENDE METHODE

Die vergleichende Politikwissenschaft ist eine empirische Sozialwissenschaft und bedient sich dementsprechend des methodologischen Werkzeugkastens der Politikwissenschaften. Die vergleichende Politikwissenschaft definiert sich eher über die Methode, nämlich die vergleichende Herangehensweise, als über die verwendeten Theorien und untersuchten Gegenstände.

Ausgewählte methodische Aspekte und Probleme der vergleichenden Politikwissenschaft

„Äpfel und Birnen vergleichen“

- Alltagsbedeutung: Dinge müssen gewisse Ähnlichkeit aufweisen, um sie vergleichen zu können.
- Bedeutung in der vergleichenden Politikwissenschaft: *systematische und theoriegestützte Herausarbeitung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten*

Alles kann mit allem verglichen werden, solange ein geeignetes *Konzept* zur Verfügung steht und sinnvolle *Vergleichskriterien* definiert sind.

Wahl geeigneter Konzepte

Konzept: theoretischer Begriff, der nicht direkt empirisch beobachtbar ist.

Abstraktionshöhe von Konzepten variiert und muss der Forschungsfrage angepasst sein. Bei hoher Abstraktionshöhe besteht die Gefahr der „*Überdehnung*“ eines Konzepts (Informationsverlust).

Gleichzeitig hat es joch eine grössere „*Reisefähigkeit*“, d.h. Übertragbarkeit auf andere institutionelle/kulturelle Kontexte, was in der vergleichenden Politikwissenschaft zentral ist um sehr unterschiedliche politische Systeme vergleichen zu können.

Dimensionen des Vergleichs, CARAMANI

Vergleich von Ländern, Regionen, Bundesstaaten oder andere politischen Systemen (EU).

Funktionaler Vergleich: Verschiedene Ideologien, Policies, Führungsstile.

Häufig wird über die Zeit verglichen.

Vier Grundlegende Forschungsstrategien, LIJPHART

Prinzipiell geht es beim Vergleich darum etwas zu erklären und allgemeine Theorien zu überprüfen. Das Ziel sind über den Einzelfall hinaus generalisierbare Erkenntnisse zu gewinnen.

Wir betrachten die Beziehung zwischen einer interessierenden unabhängigen Variable (x) und einer abhängigen Variable (y), dabei spielt die *Kontrolle von Drittvariablen (z)* eine zentrale Rolle.

- 1) Die experimentelle Methode
Die interessierende unabhängige Variable (x) wird künstlich manipuliert (Intervention), Drittvariablen (z) werden gut kontrolliert. Der isolierte Effekt von der unabhängigen Variablen (x) auf die abhängige Variable (y) kann so gut untersucht werden.
Ist jedoch aus praktischen und ethischen Gründen selten anwendbar.
- 2) Die statistische Methode
Grosse Anzahl an Fällen benötigt. Durch Zufallsstichprobe und mithilfe von statistischen Analyseverfahren werden Erkenntnisse aus Zusammenhängen gewonnen.
- 3) Die Einzelfallstudie
Vertiefte Untersuchung eines einzelnen Falles. Hypothesenüberprüfung und Gewinnung von generalisierbarer Erkenntnis nur eingeschränkt möglich.
 - a) Interesse am Fall per se, nicht theoriebildend und nicht vergleichend
 - Deskriptive Fallstudie
 - Interpretierende Fallstudie
 - b) Theoriebildung und -entwicklung
 - Hypothesen-generierende Fallstudie
 - Theorie-bestätigende/-schwächende Fallstudie
 - Abweichender Fall
- 4) Die vergleichende Methode (auch quasi-experimentelle Methode)
Steht zwischen Einzelfallstudie und statistischer Methode, also kleine/mittlere Anzahl an Fällen. Durch geschickte Auswahl wird versucht Drittvariable (z) zu kontrollieren.
Gründe für die Wahl dieser Methode:
 - interessierendes Phänomen kommt nur selten vor
 - Vorteil der sorgfältigen und vertieften Analyse einer kleinen Anzahl Fälle
 - Ressourcenknappheit (Zeit/Geld)Das Hauptproblem: „Viele Variablen, wenige Fälle“
Es ist schwierig den tatsächlich relevanten Faktor zu identifizieren. Es gibt zahlreiche potentiell störende Drittvariablen (z)
Problemlösung:
 - 3.1. Wenn möglich, Anzahl der Fälle erhöhen
 - 3.2. Reduktion der relevanten Variablen durch Verwendung von abstrakteren Konzepten
 - 3.3. *Systematische und sorgfältige Auswahl der Fälle* („controlled comparison“: hohe Varianz von x, tiefe Varianz von z)

Strategien des Vergleichs und der Fallauswahl bei der vergleichenden Methode

- 1) *Most Similar Systems Design (MSSD, vgl. MILLS Methode der Differenz)*
Fälle, die sich hinsichtlich unabhängiger Variable (x) unterscheiden, aber *nicht* hinsichtlich möglicher Drittvariablen. Entspricht der obigen „controlled comparison“ von LIJPHART.
- 2) *Most Differenz Systems Design (MDSD, vgl. MILLS Methode der Konkordanz)*
Fälle, die sich hinsichtlich unabhängiger (x) und abhängiger (y) Variable nicht unterscheiden, während alle andere Faktoren (z) sich jeweils unterscheiden. Beziehung zwischen (x) und (y) bleibt in sehr unterschiedlichen Kontexten bestehen und sind somit robust. Daraus wird gefolgert, dass unabhängige Variable (x) tatsächlich ursächlich ist.
PRZEWORSKI & TEUNE bevorzugen MDSD, da ihrer Meinung nach die Kontrolle der Drittvariablen gem. MSSD unmöglich ist.
MDSD wird weithin kritisiert, weil ihm eine Auswahlverzerrung („selection bias“) zugrunde liegt, da nach der abhängigen Variable ausgewählt wird.

3) Die indirekte Methode der Differenz

Weiterentwicklung der Methode der Konkordanz (MDS) unter zusätzlicher Berücksichtigung der Fälle, in denen das interessierende (abhängige) Phänomen nicht eingetreten ist. Fehlt es dort an der Ausprägung einer abhängigen Variable, dann ist die Beziehung zwischen (x) und (y) nochmals bestärkt. Es handelt sich also um eine *doppelte Anwendung der Methode der Konkordanz*.

Neuere methodische Entwicklungen: Qualitative Comparative Analysis (QCA)

Identifikation von *notwendigen und hinreichenden Bedingungen* von sozialen Phänomenen. Verwendung *boolescher Algebra* (UND, ODER, NICHT). Besonders geeignet für die Untersuchung multipler Kausalitäten.

SKRIPT 7: PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEME

Politische Parteien – Vielfältige und wandlungsfähige Organisationen

Wie werden Parteien definiert?

Allgemein ist eine Partei eine *Organisation, welche nach politischer Macht strebt*. Parteien sind jedoch enorm vielfältige soziale Phänomene und dementsprechend gibt es eine Vielzahl an Definitionen.

Die zentralen Funktionen von Parteien in der Demokratie

Moderne Demokratien sind ohne Parteien undenkbar, deshalb spricht man auch von *Parteiendemokratien*. Folgende Funktionen von Parteien lassen sich unterscheiden:

- Koordinationsfunktion
 - *Innerhalb des politischen Systems*: Politiker im Parlament als Fraktion organisiert. Bestimmung der Agenda und Rekrutierung von Regierungsmitgliedern. Brückenfunktion zwischen Legislative und Exekutive, sowie zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (lokal, kantonal, Bund). Diese Ebene der Partei nennt man „party in public office“.
 - *Innerhalb der Gesellschaft*: Organisieren politische Tätigkeit von Bürgern mit gleichen Interessen. Diese Ebene wird „party on the ground“ genannt.
 - *Zwischen dem politischen System und der Gesellschaft*: „Transmissionsriemen“ zwischen „party in public office“ und „party on the ground“.
- Repräsentationsfunktion
Vertretung von Anhängern, ideologischen Gruppierungen und sozialen Schichten.
- Rekrutierung und Auswahl des politischen Personals
Auf allen Ebenen des politischen Systems werden Bürger eingebunden.
- Führen von Wahlkämpfen
Konkurrenzkampf garantiert politischen Wettbewerb und bietet Bürgern eine Auswahl.

Die drei Ziele von Parteien – Office, Policies, Votes

- *Office-Seeking*: Streben nach politischen Ämtern (am besten die Regierung)
- *Policy-Seeking*: Realisierung eines politischen Programms
- *Vote-Seeking*: Wählerstimmen maximieren

Die einzelnen Ziele sind miteinander verbunden und kommen je nach Kontext unterschiedlich zu tragen.

Die historischen Ursprünge der Parteien

Entstehen einerseits innerhalb der im 16. Bis 19. Jh. aufkommenden Parlamenten, als sie die Macht über die Exekutive den Monarchen entrissen, andererseits durch extra-parlamentarische Bemühungen von benachteiligten sozialen Gruppierungen.

- Innerhalb des Parlaments: Zusammenschliessung von gleichgesinnten Parlamentsmitgliedern. → „party in public office“
- Ausserhalb des Parlaments: Mobilisierung und Organisation von bisher marginalisierten Schichten. Primär um Wahlrecht zu erlangen, anschliessend um politische Ämter, also Macht zu erlangen. → „party on the ground“

Verschiedene Typen von Parteien im Wandel der Zeit

KATZ und MAIR argumentieren, dass sich Parteien stets den veränderten Umständen angepasst haben. Bestehende Parteien veränderten entsprechend ihre Organisationsform oder neue Parteien mit neuen Organisationsformen sind aufgetaucht. Zwischen verschiedenen Ländern bestehen grosse Unterschiede in der Entwicklung von Parteien. KATZ und MAIR unterscheiden folgende Idealtypen von Parteien (vgl. Pflichtlektüre):

- Kader- oder Elitepartei
- Massenpartei
- Catch-All-Partei (Allerwelts-Partei)
- Kartellpartei
- Neueste Tendenz: Anti-Kartell-Partei

Parteiensysteme

Unterscheidungskriterien und Typen von Parteiensystemen

Ein Parteiensystem ist das spezifische Beziehungsmuster zwischen den Parteien.

Die zentralen Unterscheidungskriterien eines Parteiensystems sind:

- *Welche Parteien existieren überhaupt in einem bestimmten Land?*
- *Wie viele Parteien gibt es?*
- *Wie verhalten sich die Parteien?*

Die Anzahl Parteien und die Fragmentierung eines Parteiensystems:

Entscheidend ist die *Anzahl relevanter Parteien*. Dazu wird der *Grad der Fragmentierung* herangezogen. Dieser ergibt sich aus der *Anzahl* der konkurrierenden Parteien und der jeweiligen *Stärke* der einzelnen Parteien. Daraus lassen sich quantitative Indikatoren ableiten.

Unterschiedliche Typen von Parteiensystemen, CARAMANI:

1. Systeme mit einer dominanten Partei (dauerhaft >50% der Sitze, z.B. Indien, Südafrika)
2. Zweiparteiensysteme (~80% der Sitze/ eine Partei mit >50%, z.B. USA)
3. Mehrparteiensysteme (z.B. Schweiz, Niederlande)
4. Bipolares Mehrparteien-System (Mischung aus 2.&3., z.B. Deutschland in 90er/00er)

Wie kann die Struktur eines Parteiensystems erklärt werden?

- Struktureller Ansatz in der Tradition von LIPSET & ROKKAN:
Basiert auf der Anzahl und Stärke von sozialen Konfliktlinien (=Cleavages). In heterogenen Ländern mit vielen Cleavages ist die Anzahl Parteien höher als in homogenen Ländern mit weniger Cleavages.
- Institutioneller Ansatz basieren auf dem Gesetz von DUVERGER:
Mehrheitswahlssysteme tendieren zu einem Zweiparteiensystem, Verhältniswahlssysteme zu einem Mehrparteiensystem. Ursache dafür sind *mechanische* und *psychologische* Effekte.
- Zudem spielen die Strategien einer Partei selber eine Rolle

Exkurs: Die historische Entstehung von Parteiensystemen in Westeuropa: Die Cleavage-Theorie von LIPSET & ROKKAN

Unterschiede und Gemeinsamkeiten westeuropäischer Parteiensysteme werden auf wenige zentrale, historisch bedeutsame gesellschaftliche Spaltungslinien (Cleavages) zurückgeführt. Diese wurden ausgelöst durch die langfristigen Prozesse der *nationalen Revolution* (Bildung von Nationalstaaten) und der *industriellen Revolution* (Industrialisierung, Urbanisierung).

A) Die nationale Revolution

1. Zentrum-Peripherie-Cleavage
 - Konflikt zwischen Kultur des Zentrums und lokalen Kulturen der Peripherie
 - Regionale Parteien (z.B. Lega) gegen nationale und *liberale Parteien*
2. Kirche-Staat-Cleavage
 - Konflikt zwischen zentralisierenden, standardisierenden Nationalstaaten und den historischen Privilegien der Kirche
 - *Christliche Parteien*

B) Die industrielle Revolution

3. Stadt-Land-Cleavage
 - Konflikte zwischen ländlichen Interessen (Bauern) und der städtischen Unternehmerschicht (Industrie), ökonomischer Konflikt.
 - Bauernparteien

Die drei bisherigen Cleavages waren nicht in allen westeuropäischen Ländern vorhanden.

4. Klassencleavage
 - War in allen westeuropäischen Ländern vorhanden. Kapital vs. Arbeit.
 - Konflikt zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, Konflikte um ökonomischen Ausgleich, soziale Rechte und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates
 - *Sozialistische und Arbeiterparteien*

C) Das „Festfrieren“ der Parteialternativen in den 1920er Jahren

Entwicklung der Konfliktlinien war bis in die 1920er in Westeuropa abgeschlossen. Gemäss der „*freezing hypothesis*“ von LIPSET & ROKKAN widerspiegeln die gegenwärtige Parteiensysteme deshalb weitgehend die Konfliktstrukturen der 1920er.

D) Neuere „Revolutionen“ und weitere Cleavages, CARAMANI

5. Sozialismus-Kommunismus-Cleavage
 - Folge der *internationalen Revolution* zur Überwindung des kapitalistischen Systems
6. Materialismus-Postmaterialismus Cleavage
 - Folge von längerer Periode von Frieden, Wohlstand und Sicherheit und damit der *post-industriellen Revolution*
 - Neue soziale Bewegungen (Frauen-, Anti-Atomkraftbewegung) und neue Parteien (Grünen)
7. Globalisierungs-Cleavage
 - Widerstand gegen *kulturelle* Globalisierung und zunehmende Unterstützung *rechtspopulistischer Parteien*

SKRIPT 8: SOZIALE BEWEGUNG UND PROTESTPOLITIK

Soziale Bewegungen sind *Teil des intermediären Systems* zwischen Gesellschaft und Staat. Im Gegensatz zu den etablierten politischen Akteuren (Parteien, Verbände) handeln sie *ausserhalb der institutionalisierten Kanäle*. Häufig greifen sie deshalb auf das *Mittel des Protests* zurück. Proteste sind (auch) eine Form politischen Handelns. Heutzutage sind Proteste und andere nicht-institutionalisierte politische Handlungsformen verbreiteter als früher, man spricht in diesem Zusammenhang von „*movement societies*“ (TARROW & TILLY) oder von der „*Normalisierung des Unkonventionellen*“ (FUCHS).

Diese vormals unkonventionellen Aktionsformen werden vermehrt auch von etablierten politischen Akteuren angewandt (Wahl-Demo der SVP, Hausbesetzung der JUSO). Soziale Bewegungen und Proteste sind damit integraler Bestandteil des politischen Prozesses in modernen Gesellschaften geworden.

Was macht eine soziale Bewegung aus?

KRIESI definiert soziale Bewegungen durch drei Hauptmerkmale:

1. „a group of people“: *informelles Netzwerk*, im Unterschied zu den formal organisierten Parteien und Interessengruppen
2. „sharing a common identity“: *kollektive Identität* (Zusammengehörigkeitsgefühl), gemeinsame Werte, Überzeugungen und Ziele
3. „acting collectively“: kollektives handeln mit *spezifischem Aktionsrepertoire*

Strategien und Aktionsrepertoires von sozialen Bewegungen

Es fehlt an einem institutionalisierten Zugang zum politischen System, deshalb sind soziale Bewegungen dazu gezwungen sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden. In modernen Demokratien ist dies die *massenmedial hergestellte Öffentlichkeit*, welche zur Arena für soziale Bewegungen wird. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung sind ihre wichtigsten Ressourcen, um die sie mit anderen sozialen Bewegungen in hartem Wettbewerb um die begrenzte Aufmerksamkeit der Bürger stehen.

Zwei typische Strategien von sozialen Bewegungen:

1. *Informationspolitik*: Sammeln und Verbreitung von glaubwürdigen Informationen
2. *Protestpolitik*: Protestaktion im öffentlichen Raum
 - a. Demonstrative Protestform
 - b. Konfrontative Protestform
 - c. Gewalttätige Protestform

Standing und Legitimität

Unter Standing ist die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit gemeint. Die oben erwähnten Protestformen tragen aus unterschiedlichen Gründen zur Sichtbarkeit bei: *Masse (demonstrativ)*, *Originalität (konfrontativ)*, *Radikalität (gewalttätig)*.

Soziale Bewegungen müssen auch ihre Legitimität stärken, dies erreichen sie durch das „framen“ ihrer Anliegen.

Durch die Kombination von Standing und Legitimität durch Framing kann öffentlicher Druck aufgebaut werden und somit politische Entscheidungsprozesse beeinflusst werden.

Weshalb entstehen soziale Bewegungen?

Das klassische Modell

Soziale Bewegung als Folge des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Ordnung. Soziale Bewegungen sind ein *Krisenzeichen*, wenn durch den Zusammenbruch von sozialen Strukturen verstörende psychologische Folgen für Individuen ausgelöst werden.

Dieser Ansatz ist zu deterministisch, die individuelle Unzufriedenheit ist zwar *notwendige, aber bei weitem nicht hinreichende Bedingung* für die Entstehung sozialer Bewegungen. Der kollektive Charakter von Bewegungsphänomenen wird gänzlich missachtet und deshalb wird dieses Modell auch als veraltet betrachtet.

Das Ressourcen-Mobilisierungs-Modell

Soziale Bewegungen werden als normal, rational und genuin politische Kampfansagen von benachteiligten Gruppen angesehen. Sie entstehen, wenn es gelingt die soziale Unzufriedenheit zu organisieren und in kollektives Handeln zu formen. Dazu bedarf es *Ressourcen, wie Solidarität, Organisation und auch Unterstützung durch andere politische Akteure*, welche mobilisiert werden müssen.

Das politische-Prozess-Modell – Soziale Bewegungen im politischen Kontext

MCADAM entwickelt das Ressourcenmobilisierungsmodell weiter und berücksichtigt zwei neue Elemente:

1. *Politischer Kontext*: Dieser bestimmt die politischen Möglichkeiten und Beschränkungen von sozialen Bewegungen. Günstige politische Rahmenbedingungen können auch von eher schwachen Bewegungen erfolgreich ausgenutzt werden.
2. *Subjektive Bedeutung*: Individuen müssen ihre Situation erst kollektiv als ungerecht wahrnehmen um damit ein Bedürfnis nach gemeinsamen Handeln entstehen zu lassen. MCADAM bezeichnet dies als „kognitive Befreiung“. Framing spielt bei diesem Prozess der kognitiven Befreiung eine wichtige Rolle.

KRIESI systematisiert das politische-Prozess-Modell und entwirft einen konzeptuellen Rahmen, im Zentrum steht die *politische Opportunitätsstruktur (POS)*.

NSB Skript S. 3

SKRIPT 9: POLITISCHE KOMMUNIKATION

Die massenmediale Öffentlichkeit als „Brille“ und als eigene politische Arena

Was wir über Politik wissen, das wissen wir aus den Medien. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie das Mediensystem funktioniert, welche sozialen Wirklichkeiten dargestellt werden und wie seine Aufmerksamkeit gesteuert wird (Agenda-Setting).

Massenmedial hergestellte Öffentlichkeit ist in zeitgenössischen westlichen „Publikumsdemokratien“ zu einem *zentralen Ort politischer Auseinandersetzung* geworden.

Die Wirkung politischer Kommunikation: Agenda-Setting und Framing

Massenmediale Inhalte beeinflussen die Einstellungen und das Verhalten der Bürger. Zwei in diesem Kontext zentrale Konzepte sind Agenda-Setting und Framing.

Agenda-Setting – „what to think about“

MCCOMBS und SHAW argumentieren, dass die Medien zwar die Bevölkerung nicht ohne weiteres manipulieren können, aber fähig sind zu beeinflussen, *worüber* sich die Bürger Gedanken machen. Im Rahmen des Präsidentenwahlkampfes 1968 stellten sie einen starken Zusammenhang zwischen der *media agenda* und der *public agenda* fest. Die *media agenda* beeinflusst die *public agenda*.

Politiker versuchen bei Wahlkämpfen „ihre“ politischen Themen in den Medien prominent zu verbreiten. Bei diesen Themen haben sie *Meinungsführerschaft* und werden als kompetenter erachtet. Kurz: Parteien, die ihre politischen Themen an die Spitze der *media agenda* bringen haben die besten Chancen, die Wahlen zu gewinnen.

Framing – „how to think about a particular issue“

Im Gegensatz zum Agenda-Setting geht es beim Framing nicht darum, worüber man denkt, sondern *wie* man über ein bestimmtes politisches Thema denkt. Ein Frame fügt einzelne Fakten und Ereignisse zu einem kohärenten Bild zusammen. Frames sind ordnende und strukturierende *kognitive Schemata*.

Eine öffentliche Debatte wird zum „framing contest“, ein Kampf um die Deutungshoheit über ein bestimmtes Thema, da die mediale Berichterstattung eine *indirekte* Wirkung auf die Meinungsbildung hat.

Der Kontext politischer Kommunikation:

Politische Kommunikationskultur und Mediensystem

Zwischen verschiedenen Ländern bestehen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der politischen Kommunikation. Um diese systematisch untersuchen zu können benötigt es brauchbare Typologien bzgl. politischer Kommunikation. Folgend aufgeführt sind die beiden wichtigsten.

Drei Typen von Mediensystemen, HALLIN/MANCINI

Fokus auf die *strukturellen Bedingungen* der politischen Kommunikation. Drei Idealtypen von Mediensystemen unterscheiden grundlegend in vier Dimensionen:

1. *Struktur des Pressemarkts*: existiert eine kommerzielle Massenpresse oder nicht.
2. Grad an *politischem Parallelismus* von Politik und Medien: besteht eine starke Partei-Medien Verknüpfung („Parteipresse“).
3. Grad an *journalistischer Professionalisierung*
4. *Rolle des Staates* im Mediensystem: interveniert der Staat (Regulierung/Subvention).

	<i>(Mediterranes)</i> Polarisiert-pluralistisches Modell	<i>(Nordeuropäisches)</i> Demokratisch-korporatistisches Modell	<i>(Nordatlantisches)</i> Liberales Modell
Kommerzialisierung Presse (Struktur Pressemarkt)	-	+	+
Politischer Parallelismus	+	+	-
Professionalisierung des Journalismus	-	+	+
Staatsinterventionismus (Rolle des Staates im Mediensystem)	+	+	-

Politische Kommunikationskultur, PFETSCH

PFETSCH wendet das Konzept der politischen Kultur auf die politische Kommunikation an. Die politische Kommunikationskultur gibt die Einstellungen und Werte vor, an denen sich Journalisten und Politiker orientieren. PFETSCH entwirft eine Typologie mit vier Typen der politischen Kommunikationskultur, indem sie zwei Dimensionen kombiniert.

1. *Distanz zwischen Journalisten und Politikern* (gross-gering)
2. Welche der beiden beim Output der politischen Kommunikation dominiert: *Medienlogik* oder *politische Logik*

		Selbstbild (Kommunikationsrollen und Normen)	
		Große Distanz zwischen politischen Sprechern und Journalisten	Geringe Distanz zwischen politischen Sprechern und Journalisten
Output der politischen Kommunikation (Ausrichtung der politischen Öffentlichkeitsarbeit)	Dominanz der Medienlogik (Medienaufmerksamkeit als primäres Ziel)	medienorientierte politische Kommunikationskultur	PR-orientierte politische Kommunikationskultur
	Dominanz der politischen Logik (politische Herrschaft als primäres Ziel)	strategische politische Kommunikationskultur	(partei)politische Kommunikationskultur